

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Herrn Ausschussvorsitzenden
Dr. Gerrit Krupp

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin:

AN/1717/2022

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|-----------------|--------------------------|
| Finanzausschuss | |

Veränderungsnachweis zu Top 8.1 "Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023/2024 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2027"

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, den beiliegenden Veränderungsnachweis zu Top 8.1 „Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023/2024 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2027“ auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 30.09.2022 zu nehmen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den beigefügten Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Doppelhaushalt 2023/ 2024.

Begründung:

Weiterhin steht die Stadt Köln vor großen Herausforderungen. Die Belastungen der Corona-Pandemie sind noch deutlich spürbar; zudem unternimmt die Stadt richtigerweise Anstrengungen, um die aus der Ukraine Geflüchteten Menschen sicher und langfristig aufnehmen zu können. Aktuell kommen immense weitere Herausforderungen hinzu: Steigende Gas- und Strompreise und anhaltende Inflation stellen VerbraucherInnen, Träger und Initiativen, sowie kommunale Betriebe und Einrichtungen vor massive Schwierigkeiten.

In solch krisenhaften Zeiten gilt es, Benachteiligte besonders zu schützen. Strukturen der gesellschaftlichen Teilhabe müssen erhalten und unterstützt werden, Bildungsangebote weiter ausgebaut werden. Dies ist im politischen Veränderungsnachweis von DIE LINKE abgebildet. Darüber hinaus bildet der Veränderungsnachweis weitere wichtige Arbeitsschwerpunkte unserer Fraktion ab. Diese umfassen die Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, die Erhaltung der Kliniken der Stadt Köln, die Verbesserung der sozialen und integrativen Situation Geflüchteter in Köln, sowie den Anstoß eines ideellen und materiellen Dekolonialisierungsprozesses.

Es haben sich viele Kölner Initiativen und Einrichtungen ans uns gewandt, um aktuelle Problemlagen und Herausforderungen zu schildern: Hierbei war Energiearmut das beherrschende Thema.

Ein besonders wichtiges Anliegen ist unserer Fraktion der Klimaschutz. Soll der Klimawandel abgewendet werden, so kann dies nur auf einem sozialem und solidarischem Wege geschehen: Niemand darf dabei auf der Strecke bleiben. Um dies sicherzustellen, bedarf es hoher Investitionsvolumina, unter anderem in den Bereichen Verkehr und Bauen / Wohnen.

Diese Leitgedanken strukturieren den Veränderungsnachweis.

Zum finanziellen Rahmen des Veränderungsnachweises

Der Veränderungsnachweis der LINKEN sieht für 2023 insgesamt Aufwendungen in Höhe von 47.679.516 Euro vor, wobei es sich im Jahre 2024 um 38.325.681 Euro handelt. Dies gilt für beide Jahre exklusive den für die Kulturförderabgabe veranschlagten, zusätzlichen 5 Mio. Euro. Dadurch schließt (die Kulturförderabgabe ausgenommen) der Veränderungsnachweis in 2023 mit einem Plus von 898.484 Euro und in 2024 mit einem Plus von 16.373.319 Euro ab.

Die zusätzlichen Erträge unseres Veränderungsnachweises setzen sich aus unterschiedlichen Posten zusammen.

Die Verwaltung selbst geht davon aus, dass sich durch die Verbesserungen, welche sich durch die Arbeitskreisrechnung ergeben, eine bisher nicht eingeplante Summe von bis zu 10 Mio. Euro aufwandsseitig veranschlagen lässt (2023 und 2024 jeweils). Diese 10 Mio. Euro werden im Veränderungsnachweis der LINKEN im Jahre 2023 als Rücklage für Strom- und Heizkostenbeihilfe für Vereine und Initiativen verwendet. Aus zahlreichen Gesprächen mit Initiativen, Vereinen und Trägern sind uns deren Notlagen schmerzhaft bekannt.

Darüber hinaus geben wir der Verwaltung darin Recht, mögliche weitergehende Spielräume zur Stärkung des Eigenkapitals zu nutzen. Keinesfalls sollte die Stadt Köln durch eine Haushaltssicherung eine erzwungene Konsolidierung erleben. Deshalb ist unser Veränderungsnachweis vollständig gedeckt und sieht keine Neuschuldenaufnahme vor. Auch ist – angesichts der angespannten Situation für viele Branchen – keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes vorgesehen.

Die Fraktion DIE LINKE schlägt außerdem vor, einen Teil der Aufwendungen mit (höher als bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs erwarteten) Erträgen aus Gewerbesteuer und Einkommenssteuer zu finanzieren. Bezüglich zukünftiger Steuerentwicklungen ist die vorsichtige Herangehensweise der Kämmerei, die zusätzliche Erträge primär als Risikopuffer verwenden möchte, grundsätzlich richtig. Allerdings lassen sich am Übertreffen vergangener Planwerte bei der Gewerbesteuer Spielräume erkennen, welche – weiterhin sehr vorsichtig prognostiziert – im vorliegenden VN mit zusätzlichen 13 Mio. Euro in 2023 und 14 Mio. Euro in 2024 beziffert worden sind.

Darüber hinaus sieht der VN eine verbesserte Aufdeckung von Steuervermeidung in Großbetrieben (+6 Mio. Euro jährlich) vor; Einsparungen durch die Vermeidung externer Beauftragungen durch den Einsatz eigenen Fachpersonals (+5 Mio. Euro jährlich); sowie eine Anhebung des aktuellen Steuersatzes zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln (2023: + 3.782.000 Euro; 2024: + 5.043.000 Euro, siehe Mitteilung 2686 / 2022). Auch geht diese Anhebung mit zusätzlichen Gewerbesteuermehreinnahmen einher (2023: + 2.546.000 Euro; 2024: 5.406.000 Euro, siehe auch hierzu Mitteilung 2686 / 2022).

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln setzt sich für eine Vielzahl von Investitionsprojekten ein. Diese erreichen in 2023 insgesamt ein Volumen von 198.750.000 Euro und in 2024 eines von 173.750.000 Euro.

Es ist richtig, dass die Stadtverwaltung plant, die Investitionsvolumina und die Substanzerhaltungsquoten deutlich anzuheben. Denn die Problematik zu geringer investiver Ausgaben besteht seit Jahren. Dies ist unter anderem einem Mangel an Fachpersonal geschuldet – ein Problem, welches von Jahr zu Jahr weitergereicht wird.

Auch müssen Investitionsschwerpunkte ausgeweitet, zugesetzt bzw. einzelne abgesetzt werden, wie unser VN darstellt.

DIE LINKE setzt sich außerdem für deutliche Zusätze im Personalbereich ein: Insgesamt sieht unser Veränderungsnachweis eine Zusetzung von 86 Stellen vor. Diese werden nicht aus dem

Kontingent für Mehrstellen finanziert: Anders als es das Gestaltungsbündnis in den letzten Ratsperioden gemacht hat.

Aufwendungen aus dem Bereich Kultur werden aus der Kulturförderabgabe finanziert und sind daher in diese Zahlen nicht eingerechnet. DIE LINKE erwartet Einnahmen in Höhe von 12 Mio. Euro jährlich (Verwaltungsansatz: 7 Mio. jährlich) und sieht Ausgaben in Höhe von 4.466.297 Euro jährlich vor. Die Mehreinnahmen ergeben sich aus einer Ausweitung der Abgabe auf Geschäftsreisende, welche durch das Bundesverfassungsgericht als rechtmäßig eingestuft wurde (siehe Mitteilung 1808/2022). Kürzungen in der Kulturszene trägt DIE LINKE nicht mit.

Soziale Strukturen erhalten und stützen

Besonders in krisenhaften Zeiten müssen Angebote, Leistungen und Orte der sozialen, sportlichen und kulturellen Teilhabe erhalten und ausgebaut werden.

Aus diesem Grund sind in unserem Veränderungsnachweis 10 Mio. Euro im Jahr 2023 als Sondermittel für die Abdeckung von steigenden Energiekosten für Vereine und Initiativen vorgesehen. Aus dem gleichen Grund sieht der VN außerdem für zahlreiche Initiativen und Träger Rücknahmen von Kürzungen und weitere Mittel zur Abdeckung von Mehrbedarfen vor. Wenn dem Thema Energiesparen ernsthaft begegnet werden soll, so ist es widersinnig, beim StromSparCheck an Mitteln zu sparen. Für die Weiterführung sind in unserem VN Mittel vorgesehen.

Außerdem fordert DIE LINKE Mittelzusetzungen für die Kölner Bürgerhäuser: Hier bedarf es eines Rettungsschirmes, welcher konsumtive und investive Mittel miteinander kombiniert. Interkulturelle Zentren müssen saniert und ausgebaut werden. Darüber hinaus muss sich die Situation der Geflüchteten deutlich verbessern: Hierzu benötigen sie unter anderem die Option auf einen anonymen Krankenschein.

Breiten- und Amateursport dient nicht nur der Gesundheit, sondern auch dem sozialen Zusammenleben. Die Sportstadt Köln darf sich hier nicht nur keine Kürzungen erlauben, sondern muss im Gegenteil auch dafür Sorge tragen, dass sich Menschen jeden Alters und jeder sozialen Position sportlich betätigen können.

Maßnahmenpaket „Klimaschutz sozial gestalten“: Verkehrswende – Sanierungen - Klimaresilienz

Eine zukünftige soziale Gesellschaft kann nicht ohne Klimaschutz gedacht werden. Doch von einer sozial gerechten Gesellschaft, in der die Bekämpfung des Klimawandels großgeschrieben wird, entfernen wir uns momentan immer weiter.

Die Klimawende kann nur von einer Gesellschaft gemeinsam vollbracht werden. Hierfür müssen alle an einem Strang ziehen. Sie betrifft verschiedene Bereiche: Der Verkehrssektor, welcher gänzlich transformiert werden muss, ist ein Schlüsselbereich des Klimaschutzes und der Klimagerechtigkeit

Um die Verkehrswende zu meistern, bedarf es ernsthaften und mutigen Zugeständnissen, und einer Offenheit für zukunftstaugliche Konzepte. Das Auto als Standardtransportmittel gehört der Vergangenheit an. Stattdessen müssen die Interessen von FahrradfahrerInnen, FußgängerInnen und ÖPNV-NutzerInnen stärker in den Fokus rücken. DIE LINKE setzt deshalb insgesamt 29 Stellen im Bereich des Verkehrs zu, um eben diese Interessen zu stärken.

Perspektivisch muss die Nutzung des ÖPNV für alle Menschen kostenlos sein. Nur so ist Klimagerechtigkeit zu erreichen. Die Beliebtheit des bundesweiten 9-Euro-Tickets hat deutlich gemacht, wie viele Menschen tatsächlich unter Mobilitätsarmut leiden. In unserem VN sind daher 7.050.000 Euro jährlich für eine kostenlose ÖPNV-Nutzung für SchülerInnen während der Ferienzeiten vorgesehen. Wir stimmen der Landeselternkonferenz NRW zu, welche für alle SchülerInnen ein ganzjähriges kostenloses ÖPNV-Ticket fordert.

Klimaschutz, welcher gleichzeitig sozial ist, betrifft darüber hinaus den Bau- und Wohnungssektor. Zu lange aufgeschobene energetische Sanierungen müssen nun unbedingt und unverzüglich vorgenommen werden, um die Emissionen mittelfristig deutlich senken zu können. Doch diese Sanierungen dürfen die Wohnkosten keinesfalls weiter in die Höhe treiben. In unserem VN sind

daher jährlich 50 Mio. Euro an investiven Mitteln für energetische Sanierungen des Wohnungsbestandes von Wohnungsbaugenossenschaften vorgesehen.

Auch stadtentwicklungstechnisch muss Klimagerechtigkeit angestrebt werden. Hierzu sind in unserem VN 10 Mio. Euro jährlich an investiven Mitteln hinterlegt, die Modellprojekte einer Transformation in Richtung klimaresiliente und emissionsneutrale Stadt voranbringen sollen; dies besonders in Gebieten, welche in jüngerer Vergangenheit von Wetterextremen (Starkregen; Hitze-Hotspots) betroffen waren.

Auch müssen mehr Menschen befähigt werden, in den Branchen einer klimaneutralen Zukunft arbeiten zu können: Daher sehen wir Mittel für Umschulungen zum SolarteurlInnen-Beruf und im Bereich des Elektrohandwerk vor.

Wohnen in Köln muss bezahlbar sein

Die Wohnungsproblematik in Köln verschärft sich zusehends. Insgesamt wird viel zu wenig neuer Wohnraum geschaffen; gleichzeitig können sich viele Menschen das Wohnen in Köln nicht mehr leisten.

Der VN der Fraktion DIE LINKE sieht jährlich investive Mittel von 30 Mio. Euro vor, um junge, auf Eigenkapital angewiesene, Genossenschaften zu unterstützen, die mit diesen Mitteln preiswerte Wohnungen bauen können.

80 Wohnungen aus dem GAG-Programm „Mieter werden Eigentümer“ konnten nicht an die Mieter verkauft werden. Die GAG will sie nun an Investoren verkaufen. Diese Wohnungen müssen in öffentlicher Hand bleiben. Wir setzen hierfür 20 Mio. Euro investive Mittel im Jahr 2023 ein.

Zudem wurde 2013 die Verwaltung mit der Schaffung von Gebieten mit Sozialer Erhaltungssatzung beauftragt (sog. Milieuschutzsatzung). Bisher gibt es nur zwei solcher Gebiete, drei weitere sind in Planung. Wir wollen, dass das Instrument der Sozialen Erhaltungssatzung für deutlich mehr Gebiete genutzt wird. Einwohner*innen müssen vor Luxussanierung und Verdrängung geschützt werden. Deshalb ist hierfür ein Stellenzusatz von 10 Stellen vorgesehen.

Masterplan gegen Wohnungslosigkeit auf- und umsetzen

Die Anzahl der Menschen ohne Obdach oder Wohnung nimmt stetig zu. Deshalb setzt sich unsere Fraktion für eine schnelle Umsetzung eines Masterplans gegen Wohnungslosigkeit ein. Hierfür sind in unserem Veränderungsnachweis 2 Mio. Euro jährlich vorgesehen. Die gleiche Summe ist im Investitionsbereich für den Ankauf von Wohnungen vorgesehen, welche Wohnungslosen im Sinne des Housing-First-Ansatzes bereitgestellt werden sollen.

Gesundheitsversorgung in Köln sicherstellen - Kliniken erhalten

Die Kliniken der Stadt Köln müssen erhalten und ausgebaut werden. Die Stadt muss dringend einen Beitrag zu deren Sanierung leisten. Denn durch das Land werden hierfür keine Mittel freigesetzt. In unserem Veränderungsnachweis sind für 2023 und 2024 jeweils Investitionen in Höhe von 50 Mio. Euro vorgesehen: Diese sollen dem Zweck dienen, das Gesellschafterdarlehen für die städtischen Kliniken deutlich zu erhöhen.

Sozialer Spaltung im Bereich Bildung entgegenwirken

Angesichts der sozialen Spaltung der Stadt will DIE LINKE sozial inklusive Schulen, Kitas und Jugendzentren in den Vierteln fördern. Dazu möchten wir u. a. die Kitagebühren für Eltern bis 37.000 Euro Jahreseinkommen streichen und ausreichend Vertretungskräfte für Kitas bereithalten. In den Ganztagsgrundschulen will DIE LINKE weg von prekärer Arbeit hin zu auskömmlich bezahltem Personal. In sozialen Brennpunkten sollen Grundschulen besser ausgestattet werden. Der Schulbau soll mit mehr eigenem Personal in der Gebäudewirtschaft beschleunigt werden, insbesondere um die große Kölner Lücke bei Gesamtschulplätzen zu schließen.

In der Berufsorientierung an Schulen darf nicht gekürzt werden! Deshalb nimmt DIE LINKE die Kürzungen für Träger der Berufsorientierung in ihrem Haushaltsvorschlag zurück.

DIE LINKE möchte Jugendeinrichtungen in sozial benachteiligten Stadtteilen und ein schnelleres Abarbeiten der Prioritätenliste für Jugendeinrichtungen.

Auch Stadtteilmütter leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration. Auch hier will DIE LINKE die Kürzungen zurücknehmen!

Dekolonialisierung als städtische Aufgabe begreifen

Wir wollen unsere Stadt von den Hinterlassenschaften der deutschen Kolonialherrschaft befreien. Nach Kolonialverbrechen benannte Straßen wollen wir umbenennen. Dazu brauchen wir ein Gutachten und Umbenennungsvorschläge. Zwei Stellen werden dafür zugesetzt. Koloniale Orte und Denkmäler sollen u.a. durch Kontextualisierung und künstlerische Interventionen umgestaltet werden.

Städtisches Grün: Naherholung und Klimaschutz

Parks und Grünanlagen in der Stadt sind wichtig fürs Klima und für das Wohlbefinden der Menschen. Gerade in Köln sorgen die Anzahl, der Pflegezustand und die Gestaltung des städtischen Grüns für weniger Begeisterung als in anderen deutschen Metropolen. Das zeigt eine im Sommer veröffentlichte Forsa-Umfrage der Initiative „Grün in die Stadt“. Tatsächlich werden die zu pflegenden Flächen in der wachsenden Stadt mehr, aber das zuständige Amt wächst personell nicht mit. Gerade in Zukunft werden durch die Anpassung an den Klimawandel weitere Herausforderungen auf die Stadt und somit auf das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen zukommen.

An Unterstützungsangeboten für marginalisierte Menschen darf nicht gespart werden

Die Unterstützung marginalisierter Menschen ist unserer Fraktion ein wichtiges Anliegen. Im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung sind Kürzungen u.a. für das queere Jugendzentrum anyway e.V. vorgesehen. In unserem VN nehmen wir diese und weitere Kürzungen zurück. Außerdem wollen wir Träger, welche wichtige Arbeit für Mädchen und Frauen leisten, unterstützen.

Bezirksvertretungen stärken

Die bezirksbezogenen Haushaltsmittel sollen nach §37 der GO NRW unter Berücksichtigung der Gesamtaufwendungen und Gesamtauszahlungen der Stadt sowie des Umfangs der entsprechenden Anlagen und Einrichtungen fortgeschrieben werden. Tatsächlich wurden sie aber auf dem Stand von 2019 und früher belassen. Eine Nichtanpassung an die Inflation entspricht darüber hinaus einer faktischen Kürzung. Eigentlich müssten die bezirksbezogenen Haushaltsmittel im gleichen Umfang wachsen, wie der Gesamthaushalt der Stadt Köln (9,9% in zwei Jahren). Dies ist in unserem Veränderungsnachweis berücksichtigt. Außerdem sind darin Anregungen aus den Bezirksvertretungen berücksichtigt. Beispielsweise trägt die Maßnahme "Hallo Nachbar, danke schön" dazu bei, eine Verbundenheit mit dem Veedel aufzubauen, diese zu stärken, und die Einwohner*innen zur Selbsthilfe zu ermutigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein, Fraktionsgeschäftsführer